



Wenn Sozialstaat und Parallelrealität ein Date haben

Man muss es sich auf der Zunge zergehen lassen: 14 **Milliarden** Euro. Nicht für neue Krankenhäuser. Nicht für mehr Pflegepersonal. Nicht für Schulsanierungen oder schnellere Digitalisierung. Nein – das ist das **geschätzte Volumen der Sozialbetrugsfälle in Frankreich im Jahr 2025**. Quatorze milliards. In Zahlen: 14.000.000.000. Man fragt sich beinahe ehrfürchtig, wie man das überhaupt schafft. Eine solche Summe muss man sich schon redlich ergaunern.

Aber keine Sorge – bevor jemand auf falsche Gedanken kommt: Nein, die Franzosen seien nicht plötzlich betrügerischer geworden, beruhigt uns der **Haut Conseil du financement de la protection sociale**. Das sei alles nur ein bisschen Statistik, ein bisschen besserer Überblick, ein bisschen weitergefasste Definition. Also alles halb so wild, oder? Wenn die Titanic eben besser kartographiert ist, sinkt sie auch gleich viel angenehmer.

Betrug als Businessmodell

Der größte Posten auf der betrügerischen Rechnung ist übrigens der **Arbeitgeberbetrug**: Schwarzarbeit, nicht gezahlte Sozialabgaben – rund 8 Milliarden Euro jährlich. Bravo. Offenbar gibt es in Frankreich ganze Branchen, in denen es eher unüblich ist, sich mit solch lästigen Kleinigkeiten wie **Gesetzestreue** herumzuschlagen. Das Baugewerbe, die Gastronomie, der Transportsektor – kurz: all die vermeintlichen Stützen der französischen Wirtschaft – zeigen sich besonders kreativ, wenn es darum geht, die Sozialkassen zu umgehen.

Aber auch auf der anderen Seite des Tresens wird mitgedacht: **36 % der Verluste gehen auf das Konto der Leistungsbezieher**, die mit geschicktem Understatement Einkommen verschweigen, Wohnorte verlegen oder Kinder aus dem Hut zaubern, um sich durch die Maschen des Systems zu schlängeln. Und nicht zu vergessen: die **Mediziner**, die sich offenbar in parallelen Realitäten bewegen, in denen Behandlungen stattfinden, die in der echten Welt nie das Licht einer Praxis gesehen haben.

Vom Aufdecken und Wegsehen

Natürlich, man hat dazugelernt. Die Kontrollmechanismen wurden verschärft. Immerhin **2 Milliarden Euro wurden 2024 entdeckt** – Chapeau! Das klingt beeindruckend, bis man merkt: das entspricht etwa **14 %** des geschätzten Gesamtbetrags. Und von dem, was man



entdeckt, kann man wiederum nur einen Bruchteil tatsächlich **eintreiben**. Denn offenbar endet der französische Rechtsstaat dort, wo das Portemonnaie des Steuerbetrügers beginnt.

Wer sich also fragt, warum das Vertrauen in den Sozialstaat sinkt – voilà une réponse. In einem System, das auf Solidarität basiert, ist der Gedanke, dass der Nachbar sich still und leise einen Teil des Kuchens nimmt, ohne etwas beizutragen, **nichts weniger als toxisch**. Während der ehrliche Steuerzahler über Monate auf einen Arzttermin wartet und pünktlich seine Beiträge abführt, laufen im Hintergrund die Drucker heiß, um gefälschte Atteste und Scheinrechnungen zu produzieren.

Wer schützt die Fairness?

Aber wehe, jemand wagt es, mehr Kontrollen zu fordern. Dann ist der Aufschrei groß: **Diskriminierung! Überwachung! Stigmatisierung!** Natürlich muss man aufpassen, dass niemand ungerechtfertigt ins Fadenkreuz gerät. Aber genauso gefährlich ist es, ein System zu tolerieren, das seine eigenen Regeln zur Karikatur verkommen lässt.

Frankreich steht vor einer bitteren Wahrheit: Man kann keinen Sozialstaat aufrechterhalten, wenn sich allzu viele systematisch entziehen – auf Arbeitgeber- **und** Empfängerseite. Und man kann kein Vertrauen in Institutionen erwarten, wenn deren Instrumente zur Durchsetzung des Rechts **zahnlos, ineffizient und überfordert** bleiben.

Die wahre Tragödie? Die Normalisierung.

Das wirklich Erschreckende an der aktuellen Debatte ist nicht der Betrag selbst – obwohl der ausreicht, um das Bildungsbudget eines Kleinstaates zu decken. Nein, es ist die **fast schon gelangweilte Gelassenheit**, mit der diese Zahl zur Kenntnis genommen wird. Als sei Betrug eine unvermeidliche Begleiterscheinung des französischen Modells. Als gehöre es halt einfach dazu, wie der Streik zum Bahnverkehr oder die Bürokratie zum Behördenangang.

Wenn ein Land 14 Milliarden Euro jährlich an Sozialbetrug „verliert“ – ein Euphemismus, der klingt, als hätte man seine Schlüssel verlegt –, dann ist das keine Petitesse, sondern ein **systemischer Notruf**. Und wer dann immer noch über „gefühlte Ungerechtigkeit“ spricht, statt sich mit der realen Aushöhlung des Vertrauens zu befassen, der hat den Ernst der Lage entweder nicht verstanden – oder sich bereits damit arrangiert.

Ein Kommentar von Andreas M. Brucker